

08.03.1995 Droht der Abzug von Sprengeln?

Der Kreistag muss handeln bevor es andere tun: Der Verein zur Förderung der Staatlichen Berufsschule Neustadt an der Aisch - Bad Windsheim hat sich an Mandatsträger vom Kreistag bis zum Bundestag und an die Industrie- und Handelsgremien gewandt mit der Aufforderung, klare Strukturen für die Zukunft der Berufsschule im Landkreis festzulegen, um Ihren Bestand zu sichern.

"Wenn die Entscheidungen fallen, müssen die Hausaufgaben gemacht sein", waren sich Vorsitzender Reinhard Streng und seine beiden Stellvertreter Norbert Teltschik und Walter Pfeiffer einig. Sie haben festgestellt, dass derzeit industrielle Ausbildungsberufe im Metallbereich und im Nahrungsmittelhandwerk weniger gefragt sind. Hier werden Kapazitäten frei. Dagegen steht eine drastische Zunahme des Handwerks im Baubereich, was zu Engpässen führt. Im kaufmännischen Bereich wiederum hat eine Tendenz eingesetzt, die Berufsbilder immer weiter aufzuschlüsseln, was die Gefahr birgt, dass die Klassen kleiner werden, ihre Zahl aber zunimmt. Der Förderverein rechnet bereits mit einer Neuregelung der Schulsprengel bei den Metall- und Nahrungsmittelberufen. Im kaufmännischen Bereich müssen viele Schüler aus dem Kreis zu anderen Schulen auspendeln, weil wegen der geringen Schülerzahl pro spezieller Ausbildungsrichtung keine Klasse mehr gebildet werden kann.

Wenn aber die von der Staatsregierung vorgesehene Förderung der ländlichen Bereiche für den Kreis ausgenutzt werden soll, müssten in Neustadt und Bad Windsheim die baulichen Rahmenbedingungen und die Ausstattung der Schule der geforderten modernen Schulausbildung angepasst werden. Nur könne es gelingen, meinen die Fördervereinsmitglieder, die Ansiedlung eines neu zu bildenden Schulsprengels mit überregionalem Einzugsgebiet zu erreichen und zu verhindern, "dass der Landkreis zu einem berufsbildnerischen Entwicklungsgebiet degradiert wird". Anderswo - in Roth, Lauf, Herzogenaurach und Rothenburg - seien die Berufsschulen erst in den letzten Jahren neu gestaltet worden.

In den Bau- und Holzhandwerksberufen reichen die Kapazitäten für die Beschulung derzeit nicht mehr aus. Augenfällig wird dies nach Ansicht des Vorstandes an der Verlegung von fachpraktischem Unterricht in den Neustädter Wertstoffhof. Das dort eingerichtete Werkstatt-Provisorium wird vom Verein als «peinliche Notlösung» deklariert, das schnell in geordnete Bahnen zurückverlegt werden müsse. So fordert der Vorstand, durch rasche Verbesserung der räumlichen Situation eine Gefährdung der Sprengel zu verhindern, die ja von der pädagogischen Seite her überregionale Anerkennung fänden.

Dass die Schule auf zwei Standorte aufgeteilt ist, hält man für nachteilig. Gleichwohl akzeptiert der Förderverein, dass eine Zusammenführung an einen Standort aus finanziellen Gründen derzeit nicht realisierbar ist. Die gegenwärtig existierende Aufteilung der Schule innerhalb von Fachgruppen wird allerdings als willkürlich, fachlich unbegründet und in hohem Maße unwirtschaftlich bezeichnet. Sie verhindere Synergieeffekte. "Sie solle unbedingt aufgehoben werden."

Getragen wird der Förderverein von derzeit 38 Ausbildungsbetrieben und Ausbildern, zwölf Innungen, der Kreishandwerkerschaft und 14 Einzelpersonlichkeiten. Er will sich zum jetzigen Zeitpunkt nicht auf dieses oder jenes Konzept für die Zukunft festlegen, sondern fordert die Verantwortlichen in der Kreispolitik auf, zu handeln. Es existierten ja bereits drei Modelle, über die der Kreistag diskutieren und dann entscheiden müsse.

Wie schnell sich die Situation wandeln kann, zeigte Reinhard Streng an der Wirtschaftsschule Bad Windsheim auf. Innerhalb eines Jahres sei ein neuer Direktor ins Amt eingeführt und dann die Schule der Verwaltung des Berufsschuldirektors unterstellt worden.

Ein Stab der Schulabteilung der Bezirksregierung habe eine Woche lang das Berufsschulwesen im Landkreis unter die Lupe genommen. Dabei sei angeklungen, dass woanders nicht mehr gefördert werde, was bereits vorhanden sei. Die Neuansiedlung eines Schulsprengels gelinge nur, wenn angemessene bauliche Rahmenbedingungen und eine Ausstattung der Schule, die einer modernen Berufsausbildung gerecht werden, vorhanden seien. Jeder Auszubildende, der seine Schulausbildung außerhalb des Landkreises erhalte, koste den Kreis derzeit 1500 bis 3000 Mark an jährlichen Gastschulbeiträgen. Dies komme einer "Leibrente" gleich, auf deren Höhe der Kreis keinen Einfluss nehmen könne. "Deshalb muss die Politik klar äußern, wie sie das Berufsschulwesen im Landkreis in Zukunft haben will."